

# Danziger Volksstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für Danzig bei freier Zustellung 1/2 Mark monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., halbjährlich 32.— Mk., jährlich 60.— Mk. — Redaktion: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach dem Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 165

Montag, den 18. Juli 1921

12. Jahrgang

## Eine französische Note über Oberschlesien.

### Frankreich dreht den Spieß um.

Eine französische Beschwerde über Oberschlesien.

Berlin, 16. Juli. Heute nachmittags eröffnete der französische Botschafter Laurent dem Außenminister Dr. Rosen, daß bei der französischen Regierung nach den sehr bestimmten und eingehenden Berichten des Generals Le Rond und den dringenden Mitteilungen der polnischen Regierung keine Zweifel beständen über den insolge des Verhaltens der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien und über die Gefahr einer gewaltsamen Aktion in Oberschlesien. Er stellt folgende Forderungen: 1. Es wird von Deutschland jede notwendige Maßregel verlangt, um die Selbstschutz- und Freikorpsorganisationen zu entwaffnen, aufzulösen und von der Grenze Oberschlesiens zu entfernen; 2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrages in Oberschlesien keinen Widerstand finden; 3. Deutschland hat alle Maßnahmen zu treffen für die schnelle Herbeischaffung von französischen Verstärkungen, welche eventuell nach Oberschlesien gesandt werden sollen. Frankreich beabsichtigt, eine Division nach Oberschlesien zu entsenden. — Der Außenminister hat bei Entgegennahme dieses Schrittes des französischen Botschafters sofort mit großem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit Wochen und namentlich seit der sogenannten Säuberungsaktion ähnliche und noch viel schärfere Klagen täglich und stündlich von deutscher Seite aus Oberschlesien erhoben werden. Er hat den französischen Botschafter auch daran erinnert, daß er schon vor Beginn der Säuberungsaktion den Zweifel des deutschen Kabinetts an ihrer Wirksamkeit ungewöhnlich zum Ausdruck gebracht und dessen Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß die polnischen Insurgenten nur äußerlich entwaffnet, in Wirklichkeit aber im Lande verbleiben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden. — Am 7. Juli hat der Außenminister ferner dem französischen Botschafter durch einen Rattowitzer Großindustriellen Mitteilungen machen lassen, aus denen die Richtigkeit dieser Voraussage bestätigt wurde. Diese Mitteilungen des Rattowitzer Augenzeugen, von denen die französische Regierung Kenntnis hat, enthielten tatsächliche Angaben darüber, daß nur die regulären polnischen und ein Teil der Hallersoldaten über die Grenze abtransportiert seien, um jenseits weiter ausgebildet und zu Stammbildungen für den vierten polnischen Aufstand zusammengefaßt zu werden, daß die Waffen nicht abgeliefert, sondern versteckt sind, um Beschädigungen durch Ratten zu verhindern, zum Teil in eigens dazu hergestellten Zinkfässen vergraben seien, daß Plünderungen und Verschleppungen nach wie vor stattfänden, daß die Organisation der Insurgenten voll bestehen geblieben sei. Durch die Amnestie, die sogar Herrn Korfanty den Verbleib in Oberschlesien ermbilligte, sei hierzulande jede gewünschte Erleichterung aboten. — Nach diesen vorläufigen Erwidern behält sich der Außenminister die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung vor.

Beuthen, 16. Juli. Der ehemalige Plebiszitkommissar und spätere Führer des polnischen Aufstandes, Korfanty ist nach Paris abgereist, um an den Verhandlungen in Boulogne teilzunehmen.

### Fortgesetzte polnische Störung der ober-schlesischen Industrie.

Ostelsch, 17. Juli. An die interalliierte Kommission ist die nachstehende Rundgebung gerichtet worden: Eine größere Zahl heute in Ostelsch versammelter Vertreter der größten ober-schlesischen Industrieunternehmen richtet in letzter Stunde an die interalliierte Kommission das dringendste Ersuchen für ausreichende militärische Besatzung ihrer Betriebsstätten und Schutz ihrer deutschen Beamten und Arbeiter. Trotz der angeblich durchgeführten Räumung wird von den polnischen orientierten Betriebsräten in der Mehrzahl der Betriebe gegen deutsche Beamte und Arbeiter ein derartiger Terror ausgeübt, daß eine geordnete Weiterführung der Betriebe vollständig unmöglich ist und die Werke zur Schließung genötigt werden. Nach wie vor beherrschen polnische Insurgenten das Land und machen, ohne von den gleichfalls aus Insurgenten bestehenden und damit den erlassenen Vorschriften widersprechend zusammengesetzten Ortswehren gehindert zu werden, die Durchführung gesetzmäßiger Zustände unmöglich. Ober-schlesische Eisenindustrie, Aktiengesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Ober-schlesische Eisenbahn-Bedarfs-gesellschaft, Donnersmardhütte, Ober-schlesische Eisen- und Kohlenwerke, Borstgarn- und Aktiengesellschaft, Ober-schlesische Koks- und Gemische Werke, U. Deichsel, Drahtwerke u. Seilfabriken.

### Frankreich und die Abrüstung.

General Weygand als Gespenstfischer.

Paris, 17. Juli. General Weygand erklärte gestern in einem Interview, durch die von Harding einberufene Konferenz sollte mehr die den Stillen Ozean betreffenden Fragen gelöst werden, als ein allgemeiner Abrüstungsplan aufgestellt werden. Frankreich werde niemals abrüsten, bevor Deutschland nicht endgültig und tatsächlich entwaffnet sei. Die ehemaligen Feinde Frankreichs seien mehr als je entschlossen, sich ihre Revanche zu holen, sobald es ihnen gelungen sei, die alliierte Kontrolle abzuschütteln. Man müsse blind sein, um den militaristischen Geist nicht zu bemerken, der jenseits des Rheins die Oberhand habe. Wenn 1914 zwischen den drei Großmächten Amerika, England und Frankreich ein Garantieabkommen bestanden hätte, wäre der Krieg vielleicht vermieden worden. Trotz dieses Garantieabkommens aber würde Frankreich allein den Stoß eines neuen Angriffs auszuhalten haben.

Paris, 17. Juli. „Chicago Tribune“ teilt aus Washington mit, es sei so gut wie endgültig entschieden, daß der 11. November der Zeitpunkt für die Eröffnung der Abrüstungskonferenz sei.

Paris, 17. Juli. In der Vormittags-sitzung der Entwaffnungskommission des Völkerbundes schlug der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Souhaig als Delegierter des Internationalen Arbeitsamtes vor, eine Kommission einzusetzen, die die Kontrolle der unter den Mitgliedern des Völkerbundes ausgetauschten Informationen ausübt. Biviani schlug die Bildung von drei Unterausschüssen vor. Der erste sollte sich mit der Waffenindustrie und mit dem Waffen- und Munitionshandel beschäftigen. Der zweite sollte die Frage des Durchschlagsrechts und der gegenseitigen Kontrolle der Auskünfte über die militärischen Rüstungen bearbeiten. Der dritte sollte den Vorschlag des Italieners Schanzon, betreffen die Rüstungsstatistik prüfen.

### Der Segen der freien Wirtschaft.

Berlin, 16. Juli. (W. L. B.) In einer Reihe von Morgenzeitungen der reichshauptstädtischen Presse vom Donnerstag befinden sich Artikel über die Neuregelung der Brotversorgung vom 16. August dieses Jahres ab und über marktfreies Brot. Wie wir aus dem Reichsernährungsministerium erfahren, enthalten diese Artikel neben richtigem wesentliche Irrtümer (??). Es ist zutreffend, daß vom 16. August ab neben dem rationierten, auf Brotmarken abgegebenen Brote auch marktfreies Brot von der Bevölkerung bezogen werden kann. Es ist leider zutreffend, daß das rationierte Brot eine Preiserhöhung erfahren wird, weil das Reich bei seiner finanziellen Notlage nicht weiter imstande ist, die bisher zur Niedrighaltung der Brotpreise verlangten Reichsmittel in gleicher Weise zur Verfügung zu stellen. Die Erhöhung des Brotpreises für das Kartendrot wird etwa 40 Prozent des derzeitigen Preises betragen. Das bedeutet einen Verkaufspreis für das 1900-Gramm-Brot von 7 Mark. Die Schätzungen über den künftigen Preis des aus freiem Mehl hergestellten marktfreies Brotes entbehren jeder sicheren Grundlage. Es ist aber kein Anlaß zu der Annahme vorhanden, daß dieses Brot 12 oder gar 14 Mark kosten wird. Es darf schon mit Rücksicht auf die vom 16. August ab einsetzende Konkurrenz erwartet werden, daß der Preis für das marktfreies Brot nicht ungebührlich gesteigert werden wird. — Auf wen die Beruhigungswelle dieses letzten Satzes noch Eindruck machen soll, ist schlechterdings nicht ersichtlich. Die Erfahrungen, die wir in den letzten Wochen nach der Aufhebung der Milchverwirtschaftung mit den Butterpreisen gemacht haben, beweisen nur allzu offenkundig das Gegenteil der hier ausgesprochenen Erwartung. Die Erhöhung des Brotpreises muß unvermeidlich zu neuen Lohnsteigerungen, damit zu einer weiteren Papiergeldentwertung und schließlich zum Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft führen. Die Bevorzugung der wirtschaftlich besser gestellten Bevölkerungsschichten durch marktfreies Brot kann nur zur weiteren Verschärfung der sozialen Gegensätze und damit naturgemäß auch des Klassenkampfes führen.

### Ein Hilferuf Ragim Gorkis an Gerhart Hauptmann.

Berlin, 16. Juli. Der zurzeit hier anwesende Dichter Gerhart Hauptmann erhielt einen telegraphischen Aufruf Ragim Gorkis, in dem er unter Hinweis auf die drückende Hungersnot auf das dringendste bittet, dem russischen Volk mit Brot und Medikamenten zu helfen.

### Angelsächsisch Weltpolitik.

Der Meinungs- und Notenaustausch, der seit einiger Zeit zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten stattfindet, sowie die von den beiderseitigen Staatsmännern gehaltenen Reden über das Verhältnis zwischen den beiden großen Völkern Englands und der Vereinigten Staaten, das man als Vorbereitung der anderen Staaten dieser Erde auf die Schaffung eines Bundes der englisch-sprechenden Völker der Welt ansehen. Die beiden großen Reiche haben es nicht nötig, die vorbereitenden Schritte etwa heimlich zu tun; sie können von vornherein offen vor der ganzen Welt reden, denn sie beide repräsentieren die eigentliche und wirkliche Macht innerhalb der modernen Menschheit.

Was da weltpolitisch geschieht, ist die natürliche Folge des großen Krieges, dessen eigentlicher geschichtlicher Charakter in dem Ringen zwischen Deutschland und England lag. Nachdem die große Auseinandersetzung zugunsten Englands zu Ende gegangen und die Entscheidung vor allem durch den tatkraftigen Willen der beiden angelsächsischen Mächte von der anderen Seite des atlantischen Ozeans gefällt worden war, konnte die Konsequenz nicht anders sein, als die Stabilisierung der angelsächsischen Welt Herrschaft. Auch im Völkerbunde bestand (insolge der Stimmberechtigung der englischen Dominions) tatsächlich schon diese Vorherrschaft. Aber in diesem für europäische Zwecke geschaffenen Völkerbunde war Amerika nicht Mitspieler. Grund genug für England, dem Völkerbunde auch seinerseits abzutreten. Diese Preisgabe des Völkerbundes durch England hat Lloyd George bereits vor einigen Wochen in einer vor seinen methodistischen Missionar-Glaubensbrüdern gehaltenen Rede ziemlich deutlich angekündigt, indem er davon sprach, daß der Völkerbund, statt eine Friedenssicherung zu sein, ein Nährboden für Unzufriedenheit und Streitigkeiten unter den Völkern der Christenheit zu werden drohe. Zeigte diese Predigt des englischen Premierministers schon recht klar die Richtung, die die englische Politik mit Bezug auf den Völkerbund innezuhalten gedenkt, so kann nach der Einladung des Präsidenten Harding und der von Lloyd George im Unterhause gegebenen Antwort kein Zweifel mehr darüber sein, daß die Lage des bisherigen Völkerbundes geändert wird, und daß an seine Stelle, unter Aufsicht der europäischen Völker, die Liga der englisch-sprechenden Völker tritt.

Diese Weltverflechtung Europas ist, nachdem Deutschland und Russland aus dem europäischen Kontext ausgeschaltet sind, eine natürliche Folge der Chama-Continentaleuropas, daß in der Weltpolitik nichts mehr bedeutet und solange weiter zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein wird, wie seine Völker sich gegenseitig bekämpfen. Die in dem Programm des Präsidenten Harding in den Vordergrund gerückten Angelegenheiten des Stillen Ozeans zeigen, wie sehr der Schwerpunkt weltpolitischer Geschehnisse und Entscheidungen aus dem alten Europa fortgewandert ist, und die europäischen Nationen werden sich in der Verknüpfung untereinander beeilen müssen, wenn sie weltgeschichtlich nicht bald nur noch nebenbei erwähnt werden wollen.

Es ist kein Zufall, daß die sogenannte „Abrüstung“ zur See das Hauptthema der von Harding vorgeschlagenen Konferenz sein wird. Ueber die scharfen Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Japan braucht man nicht viel zu sagen; sie sind allbekannt. Ihre kriegerische Ausdringung war, nachdem Japan durch die Vernichtung Russlands seiner selbständigen Rückenbedeckung beraubt worden und Deutschland aus der Reihe der großen Mächte ausgeschieden war, immer weniger wahrscheinlich geworden. Daß die kriegerische Auseinandersetzung von Japan ernstlich geplant war, ist durch den zwischen Japan und Russland während des Krieges geschlossenen Geheimvertrag bewiesen worden, der nachher von den Bolschewisten öffentlich bekannt gegeben wurde, und der ein gemeinsames militärisches Auftreten der beiden Verbündeten gegen England und Amerika bis zum Jahre 1921 vorsah. Das alles ist durch den Ausgang des Weltkrieges erledigt, und Japan wird sich, wohl oder übel, mit dieser Entwicklung abfinden müssen. Es wäre auch heute gar nicht in der Lage, einen kriegerischen Konflikt mit den Vereinigten Staaten mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Amerika hat bereits heute die viel größere Flotte, und wenn auch der englisch-japanische Vertrag weiter bestünde, so wird er bei seiner formalen Erneuerung eine Fassung erhalten, die es den Engländern ermöglicht, den japanischen Verbündeten in einem Zusammenstoß mit Amerika preiszugeben. Amerika möchte am liebsten die Möglichkeit eines Krieges mit Japan ausschalten, da es genau weiß, daß ein enges Freundschaftsverhältnis mit Großbritannien zusammen mit einer Beschränkung der Seerüstungen ihm ganz von selber das bringt, was es erstrebt: die Vorherrschaft im Stillen Ozean.

Ja, die Abrüstung! Das klingt so friedensfreundlich und findet bei den sich nach dauerndem Frieden sehnen den Völkern sofort die größte Zustimmung. Und es läßt sich auch nicht bestreiten, daß wichtige Ziele auf friedliche Weise mit ihr erreicht werden können. Warum sollte Amerika und das gesamte Angelsächsentum es auch nicht vorziehen, die ihnen vorliegenden Ziele ohne Kampf zu erreichen, wenn sich das mit so einfachen Mitteln durchsetzen läßt? Denn eines ist natürlich Voraussetzung der Abrüstung: daß nämlich der gegenwärtig vorhandene Status quo aufrechterhalten bleibt. Unter seiner Zugrundelegung ist die amerikanische Ueberlegenheit Japan gegenüber vorhanden, und die dauernde Vormachtstellung derjenigen Staaten, die im Augenblick des Eintretens der Abrüstungsbestimmungen die Stärkeren sind, gesichert. Dieser Tatbestand trifft auf das vereinigte England und Amerika in einem Maße zu, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat. Die tatsächliche Welt Herrschaft des Angelsächsentums besteht schon heute; auf der geplanten Konferenz wird sie abendrein von Rechts wegen festgelegt werden.



## Aleingartenordnung und Schutz der Laubengärtner.

Die nachfolgenden Ausführungen entnommen wir der „Volkswohlfahrt“, dem Organ des Preussischen Wohlfahrtsministeriums. In Danzig und Umgebung die Bestrebungen zur Errichtung von Aleingärten und Laubengärten bei unserer Arbeiterschaft schon längere Zeit in Erscheinung getreten sind, wird es von allgemeinem Interesse sein, von den im Deutschen Reich geltenden Vorschriften Näheres zu erfahren. D. Schriftl.

Als zum Ausbruch des Krieges war der Laubengärtner und Aleingärtner ohne geschützten und politischen Schutz. Sein Aleingarten lag als grünes Eiland in dem meist wüsten Erweitungsgebiete der Großstadt, jede Woge der Spekulation konnte ihn hinwegspülen. Günstige Mauerer erkannten längst den hohen Wert, der in dem Streben des Großstädters nach einem Fleckchen Erde, der noch mehr als auf materiellem Gebiete auf dem des Seelenlebens und der Gesunderhaltung des Volkes liegt. Sie erkannten aber auch die Gefahren, die diese Kolonisten bedrohen: die Unkenntnis der Rechte und seine völlige Unbestimmtheit Dauer, die Willkür in der Festlegung der Pachthöhe, das Ausbeutungssystem des Generalpächters und oft das Missverhältnis zwischen der Nachfrage nach Laubengärten und dem einigermassen zureichenden Angebot.

Trotz dieser offensichtlichen Mängel der Aleingartenanordnungen geschah zunächst nichts für eine richtige Regelung der Bewegung, wenigstens nicht von den Behörden. Zwar schlossen sich Aleingärtner zu Vereinen zusammen, um ihre Ansuchenheiten wirksamer vertreten zu können. Indessen, erst als man von privater Seite, namentlich von Seiten der Wohlfahrtsvereine, der guten Sache erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt begann, trat eine Wendung zum Besseren ein. Die Gemeinden brachten der Aleingärtnerbewegung zuerst nur ein platonisches Interesse entgegen, was bei dem damals noch in Kraft befindlichen ungelungen Hausbesitzerprivileg und der vielfach unklugen Bodensteuerverteilung der Städte nicht Wunder ist. Doch der Verlaufsbesitzer, der auf baldigen Verkauf sehen muß, kein geeigneter Gönner des Aleingärtner sein kann, dem an Selbstständigkeit gelegen ist, ist klar.

Eine wesentliche Förderung erhielt die Sache der Aleingärtner durch die Tagung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin, im Jahre 1912, wo Geh. Regierungsrat Bielefeldt eine Reihe von Vorschlägen für das Aleingartenwesen aufstellte, denen im wesentlichen in der Aleingartenordnung vom 31. Juli 1919 Rechnung getragen worden ist. Das geschah freilich erst allmählich, liegt doch eine Spanne von fünf Jahren zwischen jener Tagung und dem Gesetz und auch durchaus nicht in vollem Umfang. Zwischenzeitlich versuchte man Teilmaßnahmen, aber die Not des mittlerweile ausgebrochenen Krieges beseitigte alle Gedanken und setzte gänzlich eine zunächst inoffizielle Regelung des Aleingartenwesens durch mit Hilfe des erwähnten, am 11. August 1919 in Kraft getretenen Gesetzes, das an Stelle der bis dahin geltenden vorläufigen Maßnahmen trat. Wesentlich mitwirkte bei zu seinem Zustandekommen die 1916 ins Leben getretene Reichszentralstelle für Gärtnereibau, die unter Leitung des genannten Geh. Regierungsrats Bielefeldt stand. Auch der Inzuzwischen von ihm begründete Zentralverband der Arbeiter- und Schrebergärten Deutschlands, der einen großen Teil der Aleingärtner und ihrer Vereine umfaßt, hat wesentlich zur zweckmäßigen Ausgestaltung der Aleingartenordnung beigetragen.

In wenigen Paragraphen legt diese Ordnung die Rechte der Aleingärtner fest. Zunächst grenzt § 1 die Arbeit des Aleingärtners als eine „nicht gewerbmäßige gärtnerische Nutzung“ gegen die des Berufsgärtners einerseits und des Landwirts andererseits ab und billigt ihnen namentlich die von der unteren Verwaltungsbehörde festzusetzende Pachtweise an, die die örtlichen Verhältnisse und den Ertragswert des Grundstücks berücksichtigen müssen. Die vom Reichswirtschaftsminister herausgegebenen Richtlinien zu dem Gesetz vom 1. Oktober 1919, denen

sich die preussischen Ausführungsbestimmungen vom 2. Oktober im wesentlichen anschließen, haben im Verein mit der Praxis diese Bestimmungen dahin ausgelegt, daß für die Kennzeichnung eines Gartens als „Aleingarten“ maßgebend ist neben seiner nicht gewerbmäßigen Nutzung auch seine Größe. Er darf nur der Erzeugung von Gemüse, Obst oder anderen Früchten oder von Futter für die Kleinierhaltung dienen, nur durch Selbstarbeit des Aleingartenbesizers hergestellt werden. Die Größe wird danach auf 1/2, höchstens auf 3/4 Morgen (625 und 1000 Quadratmeter) bemessen. Doch hat das Ministerium für Volkswohlfahrt in vereinzelten Fällen Ausnahmen gestatten lassen, wo nach dringlicher Ablegung der Aleingartenbesizers schon bisher größer waren und dies sachlich (Bodenbeschaffenheit usw.) begründet war. Maßgebend bleiben aber im übrigen Eigenbedarf der Familie und Selbstverpflegung.

Kommt eine Vereinbarung über die Pachtpreise zustande, so ist an sich eine beherrschende Festsetzung nicht erforderlich. In vielen Fällen haben aber namentlich große Städte solche Preise allgemein, und zwar häufig unter Einwirkung des Volkes in verschiedenen Klassen, festgesetzt. Dann sind diese Preise maßgebend; sie sind es auch insofern für die Verträge, als deren Sache sich dann ohne weiteres auf festgesetzte niedrigere Preise erheben lassen. Hervorzuheben ist, daß trotz eindeutigen Wortlauts des Gesetzes häufig dagegen verfahren wird, daß die Festsetzung der Pachten durch die unteren Verwaltungsbehörden, also nicht durch die Aleingartenchiedsgerichte, zu erfolgen hat, d. h. durch die Magistrats- und die Ratsräte. Bei der Festsetzung der Pachten ist die Eigenarbeit des Aleingärtners angemessen zu berücksichtigen.

Die durch die bisherigen Vorschriften gewährleistete Befreiung der Bewandlung der Aleingärtner wurde wirkungslos, wenn dem Verpächter die Möglichkeit verblieben wäre, einen Aleingärtner, der ihm nicht eine Pacht in gewünschter Höhe zahlte, baldigst und ohne zwingenden Anlaß zu entfernen; denn der Verpächter wird häufig mit dem Pächter nicht einer Meinung sein über die Angemessenheit der Pachthöhe. Er wird verziehen, die Verzinsung auch von hoch im Preise stehendem Land und den Erfolg überhöhter Bodensteuern zu erreichen. Demgegenüber bestimmt das Gesetz, daß nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes die Kündigung oder Nichterneuerung des Pacht- oder Verhältnisses zulässig ist. Was im Sinne dieser Bestimmung als „wichtiger Grund“ anzusehen ist, wird sich bei der Mannigfaltigkeit des Lebens und der wechselvollen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse erschöpfend kaum sagen lassen. Es ist im allgemeinen Tatfrage, wenn auch die Rechtsprechung schon gewisse Richtpunkte gesucht und gefunden hat. Andererseits kann man aber verneinend geschildert haben, daß Eigentum- oder Besitzwechsel die Verhältnisse der Aleingärtner grundsätzlich unberührt läßt, dies insbesondere auch dann, wenn der bisherige Eigentümer als „wichtiger Grund“ seine mäßigen wirtschaftlichen Verhältnisse anführt. Diese mögen einen wichtigen Grund für den Verkauf bilden, aber sie sind meist kein richtiger Anlaß für die Kündigung, und zwar in der Regel auch dann nicht, wenn der als Erwerber in Frage kommende die Reinigung des Feldes von allen Pflanzensamen, also die Entfernung der Aleingärtner, als Nebenbedingung stellt. Auch der Verkauf „weder bebauter“ Grundstücke an Aleingärtner zunächst nicht, vielmehr erst dann, wenn tatsächlich gekauft wird. Im übrigen wird ein veränderter Wohnort der beiderseitigen Ansprüche in Streitigen Fällen berührt werden müssen.

Dies sucht das Gesetz zu erleichtern, indem es für Streitigkeiten einmal grundsätzlich den Richter ausschließt und ferner die Parteipräsidenten ermächtigt, mit der Entscheidung, an Stelle der zunächst fast stets dazu berufenen unteren Verwaltungsbehörden, des Reichswirtschaftsministeriums zu treten. Dies geschieht als Aleingartenchiedsgericht (AGSG) in einer besonderen Zusammenfassung, nämlich mit je einem Vertreter aus den Aleingärtner- und den Aleingärtner (nicht etwa Berufs-Gärtner). Hier trotzdem haben sich mehrfach Entscheidungen ergeben, die dem Geiste und den Absichten des Gesetzes nicht genügend gerecht werden. Das ist bedenklich, da es gegen den Zweck des Aleingartenchiedsgerichts eine Berufung nicht gibt, so

daß ernsthaft in Frage kommen kann, die Übertragung auf die Sonderfälle wieder möglich zu machen, wenn deren Erkenntnis zu formal juristisch ausfallen, statt den Charakter von Schiedsgerichten zu haben, die der Aleingartenbesitzer wohlwollend gegenübersehen. Immerhin wird man abwarten müssen, wie sich diese Sachverhalte etablieren werden.

## Danziger Nachrichten.

Neuere Millionen polnische Gulden gestohlen. Für die polnische Regierung ist im April d. J. aus England mit dem dänischen Dampfer „Roslow“ ein Geldtransport nach Danzig angekommen, der hier umgeladen und nach Warschau weiter geleitet wurde. Es handelt sich um die neuen noch nicht im Umlauf befindlichen Gulden (Sloth), die in England für Polen hergestellt worden sind. Als Retreiber dieses Geldes wurde feinerzeit der Zahnstecher Kulich mit 125 000 Gulden durch zwei Angehörige der hiesigen polnischen Mission gestiftet und dessen Festnahme veranlaßt. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die richtigen Fische zu ermitteln und festzunehmen. Es sind dies der dänische Staatsangehörige Laurig Christensen und der hiesige Mar. Perlmann, die damals beide zur Schiffbesatzung des Dampfers „Roslow“ gehörten. Nach längerem Saugen legten sie ein Geständnis ab und gaben zu, das Geld bereits in London während der Gabelzeit nachher gestohlen zu haben. Von dem Gelde, das zum größten Teil in Westerbanks, Wechseln und Reichsbanknoten von den Ältern bzw. Oehlern in der Erde vergraben gewesen ist, konnten bis jetzt über 2 1/2 Millionen beschlagnahmt werden. Über den Verbleib des noch fehlenden Geldes suchende Angaben zu machen in der Lage ist, möge dieses der Kriminalpolizei mitteilen.

Verführtes Mädchen. Verführtes ist seit dem 23. Juni die 17 Jahre alte Emma Kirsch, zuletzt als Reisende im Kolportagegeschäft von Emil Clow-Danzig, Poggenpohl 74 str., 1011g. Sie erhielt von ihrem Chef Urlaub, um nach Elbing zu ihren Verwandten zu fahren; sie ist dort aber nicht eingetroffen und wird von diesem Tage vermisst. Die Kirsch ist circa 1,65 Meter groß, schlank und blond, hat rundes Gesicht, etwas vergrößerte bläuliche Augen, volle Zähne. Sie war bekleidet mit blauem Kleid und kurzem, blauem Übermantel, schwarzen Strümpfen und halbhohen schwarzen Spangenschuhen, trug keine Kopfbedeckung. Abwechslung über den Verbleib der Vermissten erbittet Polizei-Präsidium, Abteilung 1c.

Staubuhr und Fahrrad gestohlen. Als gestohlen angehalten ist eine kleine wertvolle Staubuhr (Pendule) mit Kronenbeschlag und ein noch gut erhaltenes Fahrrad. Der Dieb des letzteren, anscheinend geistig nicht ganz normal, will das Fahrrad in Hosenberg im Freistadt gestohlen haben. Strolche Eigentümer wollen sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, melden.

Den Einarmigen markiert. Der wiederholt wegen Bettelns verhaftete Dreher Hugo Rademiller, hier Breitgasse wohnhaft, wurde wiederum beim Betteln erwischt und dem Gericht zugestellt. Er hatte seinen gebunden rechten Arm unter seinem Jackett verborgen und täuschte den Einarmigen vor, um leichter zu milben Gaben zu kommen.

Unter dem Verdacht des Raubmordes verhaftet. Der Arbeiter Gustav Tucholski, geboren am 27. September 1896 zu Danzig, Burgarafenstraße 12 wohnhaft, wird hier verdächtigt, den am 28. Mai 1921 am Wege Brangschin-Golmka begangenen Raubmord verübt zu haben. Er ist durch Vermittlung der Kriminalpolizei von Beamten der Schutz verhaftet und dem Gericht zugestellt.

## Parteinachrichten.

Erfolge der Parteipresse! Die „Heidenheimer Volkszeitung“, das neugegründete Organ für das Oberamt Heidenheim, hat gegen den früheren Stand 1300 neue Leser gewonnen. Wir begrüßen den Erfolg, der ein Aufsporn für alle Genossen sein muß.

## „König Kohle.“

Roman von Hpton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Als die Feierabendpfeife erklang, eilte Mike Sitoria zu Hal, um alles Vorgefallene zu erfahren. Mike triumphierte; einige neue Arbeiter waren zu ihm gekommen und hatten sich bereit erklärt, an der Bewegung teilzunehmen. Der Alte wußte nicht, ob dieser Erfolg seiner propagandistischen Werbung zuzuschreiben war, oder seinem prächtigen, jungen amerikanischen Gehilfen, jedenfalls war er äußerst stolz. Er überreichte Hal einen Zettel, den ihm einer in die Hand gedrückt und Hal sah, daß er von Tom Clow geschrieben war. Der Organisator berichtete, daß im ganzen Kohlenrevier vom Wagenkontrollleur gesprochen wurde, und man daher, was immer auch die Herren tun mochten, die Sache vom Propagandastandpunkt aus als einen Erfolg betrachten könne. Er fügte hinzu, Hal möge sich für die Nacht mit einer Anzahl von Leuten umgeben, um Zeugen zu haben, falls die Gesellschaft irgend einen Plan ausgeheckt habe. „Und Vorsicht mit den neuen Leuten, der eine oder der andere ist bestimmt ein Spion.“

Hal und Mike besprachen ihr Programm für die zweite Nacht. Hal hatte Lust, abermals im Freien zu schlafen — der alte Clow seiner Anwesenheit wegen, Hal, weil er bemerkte, daß ihnen mehrere Epiphen folgten. Bei Reminiscenz sprach er mit einigen die ihm ihre Unterstützung angeboten hatten und fragte, ob sie geneigt wären, mit ihm die Nacht in Erdstroms Hütte zu verbringen. Keiner wich diesem Beweis seiner ehrlichen Gesinnung an. — Decken wurden geholt und die kleine Echar verfügte sich nach dem angegebenen Ort. Dort entzündete Hal die Lampe, hielt eine improvisierte Wagenkontrollleurversammlung ab, und belustigte sich nebenbei damit, Jagd auf Spione zu machen.

Einer der neu hinzugekommenen Leute war ein Poie namens Benkowski — dieser Name auf den Banierowski folgend, nahm Hal jede Hoffnung, die polnischen Namen je zu erkennen. „Poie“ war ein erster, kleiner Mann, mit traurigem erschöpftem Gesicht. Er erklärte seine Anwesenheit damit, daß er es satt habe, befohlen zu werden; er sei bereit, sein Teil für einen Wagenkontrollleur zu spielen; ja; man ihn fort, so würde er eben gehen und der Poie könnte die Gesellschaft holen. Nach dieser Erklärung wickelte er sich in seine Decke, streckte sich auf den Fußboden und begann bald sehr heftig zu schnarchen. Das glück keineswegs dem Beobachten eines Spions.

Der zweite war ein Italiener, Ferrara; dunkelbraun, von gefährlichem Aussehen; er hätte gut für die Rolle des Bösewichts in einem Melodrama gepaßt. Er sah an die Wand geschmiert und sprach in gutturalen Lauten. Sein Englisch war schwer zu verstehen, endlich gelang es Hal, die Geschichte zu begreifen, die der andere immer wieder vortrug; er war in eine „Franciulla“ verwickelt, die „Franciulla“ aber spielte Bloß mit ihm. Nun aber hatte er eingesehen, daß sie eine Kofette und seiner Liebe unwert sei. Deshalb war es ihm vollkommen gleichgültig, ob er entlassen werde oder nicht. „Ich kämpfe nicht mehr um die „Franciulla“, kämpfe für den Wagenkontrollleur“ — schloß er brummend seine Rede.

Der dritte „Freiwillige“ war ein Grieche, ein gesprächiger, junger Bursche, derselbe, der sich zur Mittagzeit neben Hal gesetzt hatte; er nannte sich Apollonias. Er begann eifrig auf Hal einzureden, erklärte, wie sehr ihn der Wagenkontrollleur interessiere, wolle genau wissen, was man vor habe, ob man einen Erfolg erhoffen dürfe, wer die Bewegung ins Leben gerufen und wer daran beteiligt war. Hal's Antworten waren kurze Predigten über Arbeiter-solidarität. Jedesmal, wenn der Mann zu neuen Fragen ansetzte, erklärte ihm Hal, wie wichtig das Gelingen ihres Vorhabens für die Vergleute sei; daß sie deshalb alle zusammenhalten und für das allgemeine Wohl Opfer bringen müßten. Nachdem Hal ihn etwa eine halbe Stunde mit abstrakten Theorien gefüttert hatte, gab Apollonias es auf, ihm etwas zu entlocken und schlich zu Mike Sitoria hinüber, der durch ein Augenklinglein Hal belehrte, Bloß von Epiphel sprach und die fürchterlichen Dinge ausmalte, die ehrliche Arbeiter diesen antun würden. Endlich streckte sich der Grieche, seiner fruchtlosen Bemühungen müde, auf den Boden. Hal ging zum alten Mike hinüber und flüsterte ihm zu, daß Apollonias Vorname wohl „Judas“ sein dürfte.

Der alte Mike schlief rasch ein. Hal jedoch war durch einige arbeitslose Tage ausgekühlt, erbebend hielten ihn aufregende Gedanken wach. Da er ein paar Stunden stille gelegen hatte, bemerkte er, daß sich jemand im Zimmer bewege. Im matten Schein der kleinen Lampe sah er unter halbgeschlossenen Lidern, daß sich einer der Männer aufsetzte. Zweck konnte er die Gestalt nicht erkennen, schließlich sah er, daß es der Grieche war. Hal lag regungslos, nach einem Moment wagte er noch einen Blick und sah den Mann, die Hände gegen den Boden gestützt, kauernd lauschen. Unter den halbgeschlossenen Lidern hervor beobachtete Hal, wie sich jener er-

hob, auf den Zehenspitzen vorsichtig über die schlafenden Gestalten hinweg und ihm immer näher kam.

Hal ahnte, so gut es ging, den gleichmäßigen, ruhigen Atem des Schlafes nach; keine Kleinigkeit, da der Mann sich über ihn beugte und ein Messerflösch zu den möglichen Vorfällen dieser Nacht gehörte. Doch mußte er auch dies riskieren. Nach einer schier endlos scheinenden Zeit schloß er die Fingerring des Mannes fachte seine Seite berühren und bis zu seiner Rocktasche gleiten.

„Er will mich durchsuchen“ — dachte Hal und erwartete, die Hand würde nun auch in die andere Tasche langen. Wieder verging eine kleine Ewigkeit, dann erhob sich Apollonias und schlich nach seinem Platz zurück. Eine Minute später lag er wieder lang ausgestreckt und tiefe Stille herrschte in der Hütte.

Hal tastete leise nach seiner Tasche und seine Hand berührte etwas, das er sofort als eine Rolle Banknoten erkannte.

„Na“ — dachte er — „so steht die Sache!“ Er lachte innerlich und seine Gedanken wanderten zu freudiger Anwesenheit zurück — zu einem schätzbaren alten Koffer auf dem Dachboden seines Elternhauses, in dem des Vaters alte Kirchenbücher lagen. Noch heute bermeinte er sie zu sehen, abgegriffene braune Einbände und primitive Bilder. „Glaube und Muffereien“, von Horace Alger. „Leben oder Sterben“, „Mutig und bereit“ und noch mehr ähnliche spannende Titel. Wie sehr hatte ihn doch einst die Erzählung erschüttert, in der der einfache Landjunge in die Stadt kommt und dort den Bösewicht trifft, der eben die Kasse seines Herrn ausgeraubt hat und nun den Kofferschlüssel in die Tasche des unschuldigen Gelden gleiten läßt. Augenblicklich hatte auch ein Angehöriger der Allgemeinen Beherigungsgesellschaft in seiner Jugend Horace Alger gelesen.

Hal wußte, daß er die Banknoten so rasch wie möglich aus seiner Tasche entfernen müsse. Erst wollte er sie „Judas“ zurückgeben, beschloß jedoch, sie für Erdstrom aufzubehalten, der gewiß bald in Not geraten würde. Er ließ diese Griechen eine halbe Stunde Zeit, um einzuschlafen, dann fraßte er leise und vorsichtig mit seinem Taschenmesser ein Loch in den Fußboden und vergrub das Geld, so gut dies ging. Nachher schlich er an einen anderen Platz und lag, angestrengt nachdenkend, noch lange wach.

Wärden die Feinde den Morgen abwarten oder bald erscheinen? Er hielt letztere Annahme für wahrscheinlich und war nicht erstaunt, als nach etwa zwei Stunden die Klinke der versperrten Tür von außen niedergedrückt wurde. Eine Augenblick später dröhnte ein Krach, die Tür sprang auf, ein paar breite Schuftern kamen zum Vorschein. (Fortsetzung folgt.)



# Das Ergebnis der Genfer Verhandlungen für Danzig.

Grundsätzlich hatte der Senatpräsident die Vertreter der Presse zu einer Sitzung geladen, um Mitteilungen über die Genfer Verhandlungen zu machen. Auf eine Anfrage im Volkstages hatte der Präsident schon in der letzten Woche erklärt, daß er dem Ausschuss des Volkstages noch im Laufe der vergangenen Woche Bericht erstatten werde. Anschließend hieran wurde die Presse geladen, um die Veröffentlichung dieser Angelegenheit demersfallsigen zu können. Die hauptsächlichsten Fragen betrafen: Die Verfassungsänderung, die Knittdauer der Senatoren, die Verteidigung der Stadt Danzig, der freie Zutritt zum Meer, die Munitionstransporte, das Schicksal der Gewehrfabrik, das Militär-Mandat über den Freistaat, das Verbot der Waffenherstellung, Danzig als Marinestützpunkt.

## Verfassungsänderungen.

Polen hat dagegen Einspruch erhoben, daß nach § 44 der Danziger Verfassung es bei Abschluß von Verträgen mit anderen Staaten es eines Danziger Gesetzes bedarf. Polen nimmt dieses Abschlußrecht für sich allein in Anspruch und will ein Mitbestimmungsrecht des Volkstages nicht anerkennen. Der Völkerbund hat sich nun ausgesprochen, daß Verträge, die Polen vorschreibt, für Danzig zu erlassen hat, nicht der Genehmigung des Volkstages unterliegen, sondern daß dafür der Senat die allein abschließende Instanz ist. Die Garantie, daß Danzig Rechte dabei nicht zu kurz kommen, seien zu erklären in der vorangehenden Beratung, welche die polnische Regierung mit dem Senat vor dem Abschluß eines Vertrages abhält. Ferner in dem Recht der freien Stadt, bei Differenzen über den Abschluß eines Vertrages die Entscheidung des Oberkommissars anzufordern mit dem Berufungsrecht an den Völkerbund und endlich in dem Vorschlag, welcher der Oberkommissar bestimme für den Fall, daß der Völkerbund der Ansicht ist, daß der fragliche Vertrag den bestehenden Bestimmungen über Danzig zuwiderläuft oder nicht entspricht.

Ob es man ein Kompromiß auf halbem Wege gefunden. Aufgabe des Volkstages wird es sein, bei der Vorbereitung seinen Einfluß zu wahren, damit keine Staatsverträge zustande kommen, die den Interessen der Bevölkerung widersprechen.

## Knittdauer der Senatoren.

Der Völkerbund hat sich bekanntlich gegen die 12 jährige Knittdauer des Senats ausgesprochen. In fünf Tagen zwei Vorschläge vor. 1. Eine 4 jährige Knittdauer und Wechsel des Senats erst nach 2 Jahren nach der erfolgten Neuwahl des Volkstages. 2. Eine 8 jährige Knittdauer, bei der alle 2 Jahre 2 Senatoren durch das Los ausgeschieden würden. Der erste Vorschlag wurde angenommen mit der Änderung, daß der Senat nur ein Jahr mit dem neuen Volkstag zusammen arbeitet und sich dann einer Neuwahl unterziehen muß.

## Verfassungsänderung durch den Völkerbund.

Der Völkerbund nimmt das Recht für sich in Anspruch, Veränderungen in der Verfassung zu verlangen, solange diese nicht durch den Oberkommissar im Auftrag des Völkerbundes als zu Recht bestehend anerkannt wird. Die Frage, ob nach die Zustimmung der Völkerbund das Recht hat, Veränderungen zu verlangen, ist nicht zur Entscheidung gelangt, ist also offengeblieben. Wie als Danziger bestreiten natürlich dieses Recht.

## Die Verteidigung Danzigs.

Die Polen haben unter gewissen Bedingungen das Recht erhalten, die Verteidigung Danzigs vorzunehmen. Die Voraussetzung dieser Bedingungen entscheidet der Oberkommissar. Der Völkerbund hat nun die Fälle näher formuliert, in denen das der Fall sein soll, und hat dabei festgelegt, daß die polnische Ma-

gierung bereit sein will, die Landesverteidigung Danzigs und die Aufrechterhaltung der Ordnung im Gebiet der freien Stadt Danzig in demjenigen Maße vorzunehmen, in dem sie bei anderen polnischen Städten nicht ausreicht. Senatpräsident Schöler hat sich dagegen ausgesprochen, daß diese Genehmigung polnischen Militärs stattfinden dürfte, wenn es sich um die Aufrechterhaltung der Ordnung handelt, die Danzig allein in der Lage sein würde, Ordnung zu halten. Er hatte deshalb die Streichung der betreffenden Worte beantragt. Dem Antrage ist indessen nicht entsprochen worden, doch wird der Oberkommissar darüber bestimmen, ob es ihm notwendig erscheint, zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei der polnischen Regierung das weitere zu veranlassen.

## Der freie Zutritt zum Meer.

Durch den Friedensvertrag hat Polen das Recht zum freien Zutritt zum Meer erhalten. Polen verlangt nun Sicherung des Rechts, Waren ungehindert durch Danzig transportieren zu können. So will Polen auch Munition in Danzig lagern können, um auf diesem Wege Danzig zum Stapelplatz von Kriegsmaterial zu machen. Hierzu ist beschlossen worden, Polen die Lagerung von Munition in Danzig zu gestatten. Doch soll es sich nur um eine Lagerung vorübergehender Art, d. h. zum Zweck der Umladung von Munitionstransport in den Weitertransport handeln. Ein Dauerlager von Munition darf nicht errichtet werden. Der französische Vertreter hatte vorgeschlagen, den Polen für diese Munitionslagerungen und Umladungen zu bestimmen. Der Völkerbund hat sich diesem Vorschlag aber nicht angeschlossen, sondern beschlossen, die Macht des Völkers dem Senat anzuvertrauen. Der Senat hat sich in seiner gestrigen Sitzung dahin schlüssig gemacht, daß der Senat als Munitionslagerung nicht zu wählen sei, im übrigen aber noch keine Klarheit bestimmt.

## Militärtransporte.

Die Polen kämpfen in Genf um das Recht, polnische Militärs als Bewachungsmannschaft für die auszubehenden Munition zu verwenden zu dürfen. Dieses Recht ist ihnen zugesprochen worden. Dagegen ist nicht genehmigt worden, daß diese Mannschaften im Bereich der freien Stadt Danzig Waffen tragen dürfen. Polen selbst hat diesen Antrag auch zurückgezogen.

## Die Einrichtung des Gewehrfabrik Schick Polen.

Ein Beschluß der Völkertagungskonferenz vom 24. Februar d. J. lautete dahin, daß die im „Kronen“ vorhandenen Waffen und maschinellen Anlagen Polen zu überweisen seien. In einem Beschluß vom 10. März d. J. ist die Forderung „Kronen“ abgeändert worden in „Gewehrfabrik“ mit der Bestimmung, daß die Gewehrfabrik mit den darin vorhandenen Waffen und dem Werkzeug für die Herstellung von Waffen und militärischen Geräten, die Durchführung solcher Sachen unterliegt der Genehmigung des Völkerbundes. In Bezug auf die Frage, ob Danzig eine Marinebasis erhalten soll und auf das Ansuchen der polnischen Regierung, hier einen Landungsplatz für polnische Kriegsschiffe zu bekommen, soll der Oberkommissar die Frage eingehend studieren und dem Völkerbund hierüber Bericht erstatten. Eine Marinebasis soll Danzig nicht werden. Zum Schluß erklärte der Senatpräsident dem Vertreter einer polnischen Partei, die die Meinung vom Rücktritt des Präsidenten Schöler geäußert hatte, daß er nicht daran denke, von seinem Posten zurückzutreten.

Er wurde heute noch einmal die Brief-Anwesenheit des Dr. Pöschmann gestreift und haben wir dieses bereits ausführlich in dem betreffenden Volkstagsbericht bei der Erörterung über die Gewehrfabrik gebracht. Verbieten ist hier in Danzig die Herstellung und der Verkauf von Waffen und militärischen Geräten. Die Durchführung solcher Sachen unterliegt der Genehmigung des Völkerbundes. In Bezug auf die Frage, ob Danzig eine Marinebasis erhalten soll und auf das Ansuchen der polnischen Regierung, hier einen Landungsplatz für polnische Kriegsschiffe zu bekommen, soll der Oberkommissar die Frage eingehend studieren und dem Völkerbund hierüber Bericht erstatten. Eine Marinebasis soll Danzig nicht werden. Zum Schluß erklärte der Senatpräsident dem Vertreter einer polnischen Partei, die die Meinung vom Rücktritt des Präsidenten Schöler geäußert hatte, daß er nicht daran denke, von seinem Posten zurückzutreten.

läge wolle große Unterschiede auf. So kostet eine Beratung bei Tages in der Storchstraße 4 bis 40 Mk., von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens 8 bis 60 Mk. Auch Beratungen am Fernsprecher sind vorgesehen. Die einzelnen ärztlichen Behandlungen sind im Tarif genau festgelegt.

Von der Straßenbahn überfahren. Am 15. Juli 1921 zwischen 11 und 12 Uhr wurde der Matrose Ferdinand Schulz vom deutschen Dampfer Krahmann in Bröfen nahe des Bahnhofs von Beamten der Schutzpolizei aufgefunden. Ihm war von der Straßenbahn ein Bein abgefahren worden. Nachdem die Beamten den Notverband angelegt hatten, wurde der Verunglückte mittels Sanitätswagens dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Da er bis jetzt noch immer des Bewusstseins beraubt ist, läßt sich nicht feststellen, auf welche Weise er verunfallt ist.

Beim Baden eines Hundes in der Mollan ertrunken. Am Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr wälzte der Sohn des Feuer-

das Rot ist Blut von deutschen Bürgern,  
das unsern Recht zum Opfer steht  
das Gold, das ist der Freiheit Segen,  
wenn Männer ihre Pflicht getan,  
drum schlägt auf Wegen und auf Stegen  
die heiligen drei Farben an.

Am 9. März 1848 stellte der preussische Bundeskanzler den Antrag, die farbten Schwarz-Rot-Gold zu Bundesfarben zu wählen. Fortan wählte aber der Bundesversammlung die Schwarz-rot-goldene Fahne.

Man kann sagen, daß damals der Gesamtwille der Nation sich diese Fahne gewählt hat und niemand hat wohl in jenen Tagen geahnt, daß deutsche Bürger sich ein? dazu hergeben würden, verheißt von unvorsichtigen und engstirnigen Junkern, diese Farben durch gebundenlos Schand in der Zukunft zu geben. Welche Verbreiter aber auch man die Gebildeten nennen, die demnächst dem Kampfe des deutschen Volkes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben und sich an der Farbenherbe demnach beteiligten. Die Militär-Reaktion, die nach der Junier hat die Freiheitskämpfe 1848 wieder heruntergeholt. Nur Eismann mit seinen äußeren Gefolgen und die Junkertiererei bis 1918 haben sie insulagen dem Volke verheißt. Sieht sich der demokratische Geist durch, worauf alle Angesehen hinweisen, so wird das Deutsche Reich gefunden unter der „Judenfahne“. Die Judenfrage wird freilich noch manches Jahr hindurch fortgesetzt werden. Ist sie doch für gewisse Kreise ein vorzügliches Mittel, die Gedanken des „Volkes“ abzuweisen von den wahrhaft Schützenden, die das Land in Not und Elend hineingeführt und geführt haben. Zugleich aber hofft diese Gesellschaft, den demokratischen Geist zu treffen, wenn sie die Juden schmückt. Hier paßt das Wort her des vorerflichen Musurus in Schillers „Kabale und Liebe“:

Den Tod schlägt man,  
den Efel meint man.

schonmalen in der Nacht in der Mollan haben. Hierbei muß der Hund des Oberposten beiraten haben. Er wurde in der Mollan und strand. Nach längerem Suchen gelang es den Verunglückten aufzufinden und mit dem Sanitätswagen ins städtische Krankenhaus zu befördern. Dort konnte leider nur der abgetretene Leib des Knaben festgestellt werden.

Polenwacht zum Schutz der Mollanarbeiter. Bei der Verhandlung der Delegierten für die Urwahl am 2. Juli zum Verwalter der Mollanarbeiter, wurden in der Generalversammlung des Mollanarbeiterverbandes Danzig zwei Vorschläge eingebracht und zwar die Wacht mit 127 Stimmen und eine Wacht mit 26 Stimmen.

Der Danziger Seemann hat zum Verkauf „New York-Grand“ angeboten. Der Vorsitzende des Seemannsvereins habe bei der Besichtigung des jenseitigen „Seemanns“ genannten, früheren deutschen Dampfers „Seemann“ gekaufert, das Schiff koste dem amerikanischen Seemannsverein jedes Jahr 500 000 Dollars. Es würde in 90 Tagen eine Entscheidung über seinen etwaigen Verkauf getroffen werden.

Brand. Am Sonnabend zwischen 11 und 12 Uhr vormittag brannte verlassenes Petroleum im Laden des Hauses Stadtblat 40. In 20 Minuten konnten von der Feuerwehr die Arbeiter durchgeführt werden.

Polizeibericht vom 17. und 18. Juli. Folgendes: 26 Personen, darunter: 4 wegen Diebstahls, 2 wegen Raubüberfalls, 1 wegen Heubehaltung, 2 zur Festnahme, 1 wegen Schmuggels, 2 wegen Betteln, 13 in Polizeigebäude.

## Veranstaltungs-Anzeiger

Berlin Arbeiter-Jugend Danzig.  
Sonnabend, abends 7 Uhr im Heim: Gedichtabend zum Sommerfest der Partei. Leiter: Gen. Müller, Mühlert und Buchhorn.  
Dienstag, den 19. Juli, abends 7 Uhr im Heim: Mädchenabend. (Vortragsabend.)

## Zoppoter Stadttheater.

„Der Bettelstudent.“  
Diese Operette gehört zu denen, die werden heute leider immer seltener — die, mag man sie noch so oft hören, immer auch neue zu stellen vermögen. Die Handlung ist bei aller Unwahrscheinlichkeit von einer starken dramatischen Bewegung und Steigerung, und die Musik ist, wenn auch nicht frei von mancherlei Schwächen und Trivialität, doch immerhin geschäftlich originell, gefällig und schwingvoll. Der Komponist Carl Millöcker verfügt über einen nicht geringen Reichtum von Melodien, was gut ausgenutzt und geübte Ensemblebesetzung zu schreien und schreien zu instrumentieren, und man wird nur selten beifallslos in der modernen Operettenkunst ein so packendes Finale finden, wie das des zweiten Aktes des „Bettelstudenten“. So wird eine einigermaßen gelungene Aufführung dieses Werkes stets ihres Erfolges sicher sein.

Die Darstellung unter der geschickten Spielleitung von Direktor Otto Romann verstand die Besetzung dieser Operette einwandfrei wiedergegeben, wenn sie auch ihren großen ausfallenden und speziell gefangenen Anforderungen nicht voll gerecht wurde. Selbst Georg Lator-Albrecht war in der Rolle des gefangenen maffter und unsicherer, als wir es bei ihm gewohnt sind, erweckte aber durch Temperament, Naturschönheit und eleganten Vornehmheit seines Spiels. Auch seine Partnerin Friedl Granzon wählte gefanglich nicht für ihre Rolle aus, doch verleierte sie durch ihre blühende Erscheinung, das volle den tiefen Eindruck, den Laura in Symon erweckt. Ein ganz entzückendes Paar war wieder Lucie Pankratz als Bronislawa. Otto Romann traf vorzüglich die Wirkung von Brutalität und Trotzkohligkeit des Obersten Ollendorff, hatte sich auch eine sehr wirksame Rolle zurechtgemacht. Von den übrigen Mitwirkenden seien noch Charlie Brock als Jan Janicki, Marika Frensch als ungeliebte Kellnerin Cornet von Rühlhofen, Walter Lohse als der hochst drohiger sächsischer Herrmann, Enrico und der Knecht Agnes Melner-Carlo als wahrerweise Gehilfen Bronislawa mit besonderer Hervorhebung hervorzuheben. Das Orchester hatte unter Leitung von Kapellmeister Rudolf Jona viel Mühe, sich rhythmisch den mancherlei Eigenwilligkeiten der Sänger anzupassen. Lang auch reichlich vor; hier wären wohl noch manche Verbesserungen am Platze. Die Zuschauer zeigten sich über die anmutige Abendunterhaltung sehr befriedigt.

Standesamt vom 16. Juli 1921.  
Todesfälle: Wehrmann, der 11. Komp. Reserve-Inf. Regt. 61 Adolf Müller, 30 J. 2 M. — Gerichtsdollmetscher a. D. Karl Jank, 71 J. 8 M. — Goldschmied Richard Krumann, 48 J. 3 M. — Maschinenmeister a. D. Erich Gubbe, 69 J. 4 M. — Botenmeister a. D. Daniel Reich, 67 J. 7 M. — Unehelich: 1 Sohn.

### Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Wässl. 4,00) 4,20	am Vortage	4,05
Dollar:	75	79 1/2
Engl. Pfund:	—	269
Frang. Franken:	—	580
Schwarz. Franken:	—	1235

## Letzte Nachrichten.

Geldföhrung der Volksernährung im Rheinland durch militärische Spielereien der Besatzungstruppen.

Düsseldorf, 15. Juli. Zu Beginn der Volkstung des rheinischen Provinziallandtages wurde gestern eine eilige Eingabe aus den Kreisen Kreuznach und Weisenheim vorgelesen. Danach begannen am 15. Juli die französischen Besatzungstruppen in jenen Kreisen auf einem 4000 Hektar großen Gelände, welches 12 Orte umfaßt, Artillerieübungen, die fünf Tage in der Woche dauern sollen. Bis zu dieser Zeit sind alle Feldarbeiten ohne Rücksicht auf die unauflösbare Ernte unterlassen. Ein dringlicher Einspruch ist mit dem Hinweis auf die militärische Notwendigkeit abgelehnt worden. In der eiligen Eingabe wird der Provinziallandtag gebeten, die Reichsregierung zu veranlassen, schleunigst darauf hinzuwirken, daß diese Schießübungen wenigstens solange hinausgeschoben werden, bis die Ernte eingebracht ist. Der Provinziallandtag entspricht diesem Wunsch.

## Danziger Nachrichten.

Bekanntgaben. Der Senat der freien Stadt Danzig hat den Hofbesitzer Karl Ripz zu Schönan zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks Waplast wiederernannt. — Der Lehrer Arthur Kriese aus Junteracker ist zum Schöffen der Gemeinde Junteracker bestellt.

Neue Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte. Der Senat hat für die Ärzte und Zahnärzte des Freistaats eine neue Gebührenordnung erlassen, da die bisherigen Sätze nicht ausreichten. Die Gebührenordnung vom 18. 5. 98 hatte zuletzt einen Nachtrag im Jahre 1918 erhalten. Die Gebühren gelten im Streitfall und mangelt einer Vereinbarung. Es sind Höchst- und Mindestsätze vorgesehen. Die Mindestsätze gelten für Unbemittelte, Armenverbände und wenn die Zahlung aus Staatsfonds oder aus milden Stiftungen erfolgt. Für Krankentafeln gelten die Vereinbarungen. Für die Träger der Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung gelten als Höchstsätze das Dreifache der Mindestsätze. Die Vereinbarung ist bereits in Kraft getreten. Die Mindest- und Höchst-

aus. Heinrich Heine floh nach Frankreich, von wo aus er dann mit seinem hochhaltenen Witz berechtigte, sehr wirkungsvolle Rache nahm, indem er die deutschen innern Verhältnisse dem Spott Europas preisgab. In jenen Jahren entstand „Deutschland, ein Wintermärchen“, mit dem Werke:

Und als ich über die Weiser kam,  
da hieß ich Deutschland Schnorchen,  
Es schief da sicher unter der Gut,  
von sechshundertdreißig Monarchen.

Nach mancher andere, heut verehrte Mann wurde damals schikanert. Sogar gegen den großen Ernst Moritz Arndt, den kühnsten Dichter der Freiheitskriege. („Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Anrechte“, „Was ist des Deutschen Vaterland?“), wurde Untersuchung verhängt. Aber auch Hoffmann von Fallersleben, der 1841 „Deutschland, Deutschland über alles“ gedichtet hatte, wurde 1849 seines Amtes entsetzt; freilich, er hatte auch den Vers auf dem Gewissen:

O Gott! Wofür, wofür?  
Für Fürsten-Willkür, Ruhm und Macht  
zur Schlacht?  
Für Hofgeschmeich und Junker hinaus  
zum Strauß?

Nach diesen Entwürfen trat wieder die Kirchhofstraße ein, die aber nur eine Ruhe vor dem Sturm war. Es ist klar, daß das Volk jetzt nur noch mit der Revolution antworten konnte. Die kam dann ja auch 1848, und zum drittenmal legte das deutsche Volk seine Ehrenfarben an, und man sang begeistert auf den Straßen:

Schwarz-Rot-Gold, das sind die Farben,  
die stolz der deutsche Bürger trägt —  
Schwarz-Rot-Gold, das sind die Farben,  
für die er sich im Kampfe schlägt.  
Das Schwarz bedeutet Tod den Bürgern,  
die lachend uns aus Kreuz gesticht.

# Politische Nachrichten.

## Polen und der Baltische Staatenbund.

D. E. Gelegentlich des Besuches der baltischen Journalisten in Lodz äußerte der Vertreter des polnischen Außenministers Tatus Komornicki, an einen baltischen Staatenbund unter gleichzeitiger Beteiligung Polens und Litauens sei vor Lösung der Wilnafrage nicht zu denken. Die jungen baltischen Staaten müßten mit größter Aufmerksamkeit über ihre Souveränität nachdenken. Sie fürchten in der Folge vielleicht in einen Krieg mit Deutschland oder Rußland hineingezogen zu werden, was nach Möglichkeit vermieden werden müsse. Ein Dreistaatenbund zwischen Litauen, Lettland und Estland sei indessen der Politik Polens ungünstig. Dadurch würde Litauen eine Stärkung seiner Position in der Wilnafrage erfahren. Ein solcher Dreierbund müßte auch auf Finnland verzielt werden, das für ein Bündnis ohne Polen nicht zu haben wäre, daher sei es demnach wahrscheinlich, daß der große Bund der fünf einst zu Rußland gehörenden Staaten schließlich zu Stande kommen werde. Es wäre dies ein Bündnis zur Erhaltung und Überwachung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und aller Bestimmungen der mit Sowjetrußland seitens der einzelnen baltischen Staaten abgeschlossenen Verträge. Bei einem Bündnis könnten die fünf Staaten auch den Transitverkehr nach Rußland zu gemeinsamen Nutzen organisieren. Zur Beratung aller einschlägigen Fragen soll im August d. Js. eine Konferenz, Finnlands, Estlands, Lettlands und Polens in Warschau stattfinden. — Die Ausschaltung Litauens von der Warschauer Konferenz zeigt, daß Polen bis zu diesem Zeitpunkt mit einer Entscheidung der Wilnaer Frage nicht rechnet.

## Vermischtes.

**Eisenbahnunfall.** Bei der Einfahrt eines Güterzuges Nr. 5521 in Maximiliansau, Pöls, entgleisten beide Lokomotiven und der folgende Zugteil. Ein Zugführer und ein Heizer wurden getötet, zwei Lokomotivführer und ein Heizer verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht ermittelt.

**Blaublütige Kombya.** Bei einer Sommernachts-Redoute in Wien war der ehemalige Erzherzog Leopold Salvator von Toskana, der sich jetzt Leopold Wölfling nennt, als Vortragender angekündigt. Schon vor seinem Auftreten boten ihm einige Aristokraten 140 000 Kronen an, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen. Leopold Wölfling wies dieses Anerbieten ab und betrat das Podium. Er las aus seinen Memoiren „Habsburger unter sich“ ein Kapitel und erzielte viel Beifall. Nach dem Auftreten des Erzherzogs kam es zu einer Axtsprügelerei. Monarchistisch gefinnte Redoutebesucher

waren mit anderen Gästen zusammengetreten. Ohrfeigen, Prügel und Schläge fielen. Die Prügel, an der sich ein Salm und ein Pölschkei hervorragend beteiligten, erregte großes Vergnügen, so daß schließlich Polizei eingriff und die Ruhe wieder herstellen konnte.

**Neuer Anschlag in Braunschweig.** Auch in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurde in Braunschweig ein Anschlag verübt. In dem Hause des Rittergutsbesizers Giesebusch am Gaußberg explodierte gegen 11 Uhr abends ein Sprenggeschloß, anscheinend eine Koburitzkapsel, die eine gewaltige Feuer- und Rauchwolke entwickelte. Der Sachschaden ist nach den bisherigen Feststellungen unbedeutend. Personen sollen nicht zu Schaden gekommen sein. Von den Tätern fehlt jede Spur.

**Einer des anderen wert.** In manchen Teilen der Vereinigten Staaten haben die Zeitungsdirektoren die Erlaubnis, auf der Eisenbahn ohne Bezahlung zu fahren. Diese Gewährung der Freifahrt wird ziemlich reichlich ausgenutzt, und so ist jüngst folgendes Geschehen passiert: Ein junger Mann trat an den Zugführer heran und teilte ihm mit, er habe zwar seinen ausweis vergessen, aber er gehöre zur Redaktion des „Daily“ und möchte daher unentgeltlich mitfahren. „Gut“, sagte der Beamte. „Kommen Sie mit. Wir haben gerade den Chefredakteur des Blattes im Zuge, der kann Sie identifizieren.“ Nun gab kein Zurück mehr, und der „Rassauer“, der zu der Zeitung gar keine Beziehungen hatte, erwartete mit Grausen sein Schicksal. Doch zu seiner größten Überraschung sah der Chefredakteur nur flüchtig von dem Blatt auf, in dem er las, und sagte: „Ja, der Mann ist von meiner Redaktion.“ Als dann beide vergnügt durch die Natur dampften, trat der junge Mann an den anderen heran, um sich für seine Großmut zu bedanken. „O, das macht nichts, mein Junge“, wehrte der ab, „ich bin ja auch nicht der Chefredakteur des „Daily“.“

**Im Auto durch die Sahara.** Nachdem im vorigen Jahre der Versuch französischer Luftfahrzeuge, die Wüste Sahara zu überfliegen, mit einer Katastrophe geendet hatte, ist es jetzt französischen Automobilisten gelungen, die 1864 Meilen weite Strecke von Algier nach Tamantafest in einem Monat ohne Motorbeschaden zurückzulegen. Vorher waren durch Gastautomobile längst der Fahrtrichtung Benzin- und Nahrungsmittelstationen angelegt worden. Die Bordräder der Autos trugen doppelte Luftreifen, um das Berstehen der Wagen im Sande zu verhüten und um eine größere Elastizität bei den Fahrten über die felsigen Teile der Strecke zu erzielen. Die Kamele sind also in ihrer Alleinherrschaft über die Wüste Sahara ernstlich bedroht.

**Entscheidung eines Flugzeuges.** Auf dem Flughafen Flugplatz bei Weiskart stehen in der Luft zwei Flugzeuge gefesselt und stiegen danach ab. Beide Insassen des einen Flugzeuges, zwei Offiziere, waren sofort tot, zwei Insassen des anderen Flugzeuges kamen mit leichten Verletzungen davon. Auch in der Nähe von Stockholm stürzte ein Flugzeug aus 50 Meter Höhe ab. Der Fahrer wurde tödlich verletzt. Der Begleiter erlitt leichtere Verletzungen.

**Überfall auf eine kommunistische Stadtverordnete.** Aus Köln wird berichtet: Bei einem Ausflug wurde im Walde von Bergisch-Gladbach die kommunistische Stadtverordnete aus Rhln. Iräulein Ackermann, von farbigen Truppen überfallen, mit einem Bajonett bedroht und tief in den Wald geschleppt. Auf ihre Schreie kamen ihr Leute zu Hilfe. Die Soldaten ergriffen die Flücht. Auch aus andern Orten werden wieder mehrere Überfälle durch farbige Besatzungstruppen gemeldet.

## Kleines Feuilleton.

**Die Schöpfung der Frau.** Warum wurde die Frau aus einem Stück Fleisch geschaffen, das aus der Seite Adams und nicht von einem anderen Teile genommen wurde?

Vom Kopfe, wäre sie zu stolz geworden; vom Auge, zu hochmütig; vom Ohr, zu neugierig; vom Mund, zu schwachhaft; vom Herzen, zu schwach; von den Händen, zu geschäftig; von den Füßen, zu lauffig. — Statt dessen wurde sie von einem geheimen und beschriebenen Teile des Menschen geschaffen; und immer, wenn ihr irgendein Teil erschaffen wurde, rief eine Stimme: „sei beschreiben, sei beschreiben.“

Nach democh hat die Frau im wenig von allen Fehlern, die wir angedeutet haben. (Gebräutig.)

## BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 16. Juli 1921.

gestern		heute	
Namlichst	+0,82	Dresde	+0,34
Marihu	+1,05	Dirschau	+0,36
Wock	+0,77	Einlage	+2,30
Thorn	+0,68	Schlesienhert	+2,54
Tordou	+0,56	Schönow D. P.	+6,74
Culm	+0,66	Salzberg O. P.	+4,64
Graudenz	+0,70	Neudorfbusch	+2,06
Kurzebrack	+0,96	Wolfsdorf	+1,38
Montanerholze	+0,41	Anwachs	+1,36

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Boige, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage E. K. H. Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwertz in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Infolge einer umfangreicheren Instandsetzung an der einen Ofenanlage des städtischen Gaswerkes muß die Gasabgabe während der laufenden Woche auf die Hauptabgabestellen beschränkt werden und zwar auf die Zeiten von 6 bis 8 Uhr früh, 12 bis 13 Uhr nachmittags, 7 bis 10 Uhr abends.

Danzig, den 16. Juli 1921. (4697) Der Senat.

Bermaltungsausschuß der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Die Geschäftsräume der Lukenhandelsstelle werden am Dienstag, den 19. Juli nach Hundegasse Nr. 10 verlegt.

Der Senat der Freien Stadt Danzig. Lukenhandelsstelle. (4702)

## Gedania-Theater

Schlesienstr. 53/55 (4700)

Nur bis einschl. Donnerstag! Der hervorragende Spielplan! Der große Monumental-Film!

„Weltbrand“

Nach dem Roman: „Christen Wahnschaffe“ in 4 großen Akten von dem berühmten russischen Dramatiker A. A. Gorki.

„Der Complice von Cincinnati“

Drei Akte in 5 großen Akten. In den Hauptrollen: Bruno Eichgrün, Erwin Fichtner.

## Kleine Anzeigen

In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

## Geschäftsbericht der Steinberggenossenschaft m. b. H., Danzig für das Geschäftsjahr 1920.

Einnahmen.		Gewinn- und Verlust-Konto.		Ausgaben	
Bruttoeinnahme	379 199,53	Löhne	209 392,11		
		Unkosten	116 826,50		
		Inventarabreibung	1 237,80		
		Materialverbrauch	35 676,03		
		Verlust	50,—	383 182,66	
		Berdienst	18 016,97		
	379 199,53			379 199,53	

## Bilanz-Konto.

Aktiva.		Passiva.	
Lukenstehende Forderungen:		S. Reserve-Konto	360,—
39. Danziger Hoch- und Tiefbau-Gesellschaft, Danzig	794,50	Geschäftsanteile der Genossen:	
19. Magistrat Danzig fr. Baustelle Gewerkschaft	2 772,29	21. Bruno Glöckel, hier	1 000,—
Bestion Wolf	1 528,30	22. Georg Seifert, hier	1 000,—
Eigenweg	800,16	23. Max Sturm, hier	830,—
Langgarter		24. Eduard Briskorn, hier	700,—
hintergasse	861,—	25. Joh. Parzowski, hier	1 000,—
Reklambureau	1 988,—	26. Friedrich Weiß, hier	1 000,—
	6 839,95	27. Friedrich Schilfowski, hier	1 000,—
15. Bankguthaben	11 997,11	Ohra	730,—
7. Sparkasse Danzig	300,—	28. Georg Kolchinski, hier	730,—
25. Kautions-Konto	600,00	29. Paul Schulz, Langenau	1 000,—
6. Geschäftsinventar	6 000,—	30. Paul Wunderlich, hier	700,—
12. Material	6 398,—	31. Otto Zielinski, hier	1 000,—
1. Kassenbestand	786,41	32. Emil Engler, hier	1 000,—
		33. Heinrich Anton, hier	1 000,—
		34. Karl Andreas, hier	700,—
		35. August Schulz, hier	1 000,—
		36. Hans Kubicki, Gemaus	500,—
		37. Bernd Kolchinski, hier	600,—
		38. Joh. Szepanski, Ohra	1 000,—
		Schuldende Kassenhassensbetr.	1 500,—
		Verkauf der Aktiva über die Passiva	18 016,97
	33 636,87		33 636,87

Die Genossenschaft wurde am 15. März 1920 mit 15 Genossen gegründet. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden 3 Mitglieder aufgenommen. Ein Mitglied ist im Laufe des Geschäftsjahres ausgeschieden. Somit wurden 17 Genossen ins neue Geschäftsjahr übernommen. Die Geschäftsguthaben betragen am Schlusse des Geschäftsjahres 15 760,—. Die Gesamtsumme betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 18 000,—. Danzig, den 1. Januar 1921. (4696)

Steinberggenossenschaft m. b. H. Der Vorsitzende: Dr. Glöckel, S. Anton, Schilfowski, Weiß, Zielinski, Briskorn.

Wir empfehlen folgende

## Kosmos-Bücher

- Bölsche. Die Abstammung des Menschen . . . 12,—
- Der Stammbaum der Tiere . . . 5,20
- Im Steinkohlenwald . . . 5,20
- Der Mensch der Tertiarzeit . . . 5,20
- Der Mensch der Pleistozänzeit . . . 5,20
- Festländer und Meere . . . 5,20
- Tierwanderungen in der Urwelt . . . 5,20
- Der Mensch der Zukunft . . . 5,20
- Stammbaum der Insekten . . . 5,20
- Eiszeit und Klimawechsel . . . 5,20
- Der Sieg des Lebens . . . 5,20

Buchhandlung Volkswacht Am Spennhaus 6 und Paradiesgasse 32.



„Aeroxon“ Fliegenfänger mit dem Sättel

ab Lager Danzig lieferbar.

Fabriklager Danzig Engl. Damm 26 u Fernspr. 3375.

Variationen Sie sofort Preise u. Reklamematerial

## DIE GLOCKE

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK, FINANZ, WIRTSCHAFT U. KULTUR Herausgeber: PARVUS

Die „Glocke“ will die Durchführung des Ultimatums im Zeichen des Sozialismus

Die „Glocke“ ist das führende Organ bei der Erörterung der Wiedergutmachungs- und Wiederaufbaufragen

Die „Glocke“ ist maßgebend bei der Diskussion des Kulturlebens der sich im demokratischen und sozialistischen Geist erneuernden Zeit

Die „Glocke“ muß von jedem Sozialisten gelesen werden

Mitarbeiter der letzten Hefte:

Konrad Haensch, Paul Hirsch, Hermann Lüdemann, Professor Radbruch, Philipp Scheidemann, Paul Löbe, Heinrich Schulz, Karl Bröder, Otto Wels, Max Quarc, Hermann Wendel, Max Schippel, Jacob Altmaier, Robert Grützsch

Einzelheft Mark 1,50 Vierteljährliches Abonnement Mark 15,—

Zu beziehen durch:

Buchhandlung Volkswacht Am Spennhaus 6 und Paradiesgasse 32.

## Frohes Wandern



Ein Buch, das Freude geben will Von E. Conrad, Director Preis 3,50 Mark

Buchhandlung „Volkswacht“ Am Spennhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

## Achtung!

Haarreste, Haarwurzeln trotz hoher Steigerung verkauft noch billig! (4691)

Hugo Bröde, Mikulski Graben 16.

Reparaturen an Haarpfängen usw.

Ein fast neuer Anzug

eleg. Stoff, billig zu verk. Adomski, Ohra, (7) Hauptstraße Nr. 33, 3 Tr.

Berlangen Sie die „Volkstimme“ in den Zeitungen!